

Der Zentralismus und die Welschen

Autor(en): **Du Bois, Pierre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **69 (1989)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164662>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Zentralismus und die Welschen

Die parlamentarischen Sessionen sind selten, in denen Volksvertreter nicht ihre Stimme gegen das eine oder andere Projekt erheben, das sie «zu zentralistisch» finden. Da die Bundeshauptstadt ständig ihre Fangarme ausgestreckt hält, befindet sich die föderalistische Empfindlichkeit oder die Hypersensibilität der Welschen sozusagen im Zustand dauernder Alarmbereitschaft. In der vielfältigen und widersprüchlichen Schweiz stellt der Föderalismus nicht nur eine Doktrin dar, die das demokratische Aktionsfeld ausweitet, indem sie die Macht dezentralisiert, sondern auch, in der welschen Optik, eine Garantie für die lateinischen Minderheiten.

«Zwei Gründe rechtfertigen meine föderalistische Überzeugung», sagte einmal Altbundesrat Georges-André Chevallaz, «*die Allergie gegen die Allmacht des Staates und die Bejahung der Minderheiten.*¹» Der Kantonalismus scheint, trotz allem, was an ihm kleinlich, ineffizient und rückständig sein mag, die Minderheiten — besonders diejenigen, die sich als solche fühlen — in ihrer Rolle zu bestärken, indessen in Bern, in der zentralen Behörde, die Entscheidung oft zwangsläufig von Deutschschweizern angeregt und getroffen wird. Das Echo des Föderalismus beschränkt sich nicht auf die konservativen Kreise, wo er in Verbindung mit dem Anti-Etatismus bejaht und zum Glaubenssatz erhoben wird; er erstreckt sich auf einen Teil der öffentlichen Meinung, deren Festhalten an der kantonalen Autonomie einen sozusagen atavistischen Charakter aufweist, wobei allerdings fallweise die Kompetenzübertragung an die Eidgenossenschaft mitunter gutgeheissen wurde.

Das Misstrauen hat Tradition

Die Reaktion auf den Zentralismus ist traditionell. Für die Welschschweizer gehört sie seit Beginn des 19. Jahrhunderts zum Alltag. Nach dem dramatischen Misserfolg der helvetischen Republik beginnt im Kanton Waadt — unter der Mediationsakte, die jede Verstärkung der Bundeskompetenzen ablehnte — die Forderung nach souveränen Rechten die Haltung der Behörden gegenüber den anderen Kantonen zu bestimmen, die damals alle deutschschweizerisch waren. So haben die Waadtländer 1804 das Projekt eines Bundesheeres mit seinem Hauptquartier, seiner

Militärschule, seinen Eigenmitteln und seinem Strafgesetz im Namen der kantonalen Souveränität abgelehnt. Die drohende bernische Restauration — wenn nicht gar deutschschweizerische Herrschaft — bleibt im welschen Bewusstsein. Im Jahr 1815, im Klima der Unsicherheit und des Misstrauens, das nach der Niederlage Napoleons in der Schweiz herrschte, gibt Landammann Monod seiner Beunruhigung über das bernische, luzernische und zürcherische Übergewicht in der Eidgenossenschaft Ausdruck, während die Kantone ihren staatlichen Status, gemäss den Bestimmungen des neuen Bundespaktes beibehalten.

Die Angst vor der deutschschweizerischen Allmacht, zuerst durch die Erinnerung an die bernische Kolonisation bedingt, der die Revolution von 1798 ein Ende gesetzt hat, sodann von dem auf dem zahlenmässigen Ungleichgewicht beruhenden Minderheitenbewusstsein — da und dort auch vom deutschschweizerischen Herrschaftsgebaren erzeugt — kommt in der Waadt und in der Romandie überhaupt immer wieder zum Ausdruck. Als man 1832 den kantonalen Behörden den Entwurf eines «Bundesaktes», d. h. einer vom St. Galler Baumgartner verfassten und Pellegrino Rossi zugeschriebene Verfassung vorlegte, machten die Waadt, Genf und Neuenburg neben einzelnen konservativen Deutschschweizer Kantonen ihre Vorbehalte hinsichtlich gewisser zentralistischer Bestimmungen oder Ausdrücke geltend, obgleich dieser erste offizielle Reformvorschlag der Eidgenossenschaft schon als Werk des Kompromisses zwischen stärkeren Bundes- oder Kantonsgewalt erscheint. Im März 1833 bestehen einzelne Volksvertreter im Grossen Rat des Kantons Waadt auf der Notwendigkeit, die kantonale Souveränität zu schützen. Dem Ausdruck «Bundesstaat» (*Etat fédératif*), der «*aus der Deutschschweiz kommt*», ziehen die Waadtländer Abgeordneten «Staatenbund» (*Confédération d'Etats*) vor, der dem Prinzip der kantonalen Souveränität entspricht.

Obwohl eher von den konservativen und reaktionären Kreisen gepflegt, wird der Föderalismus jedoch von den fortschrittlicheren Richtungen nicht abgelehnt. In Genf verteidigt die von James Fazy, einem echten Freisinnigen, animierte «*Société patriotique*» die kantonale Souveränität, will aber jenen Teil der als unerlässlich erachteten Souveränität nicht preisgeben, die — im Interesse der gemeinsamen Verteidigung und der Gesamtbeziehungen der schweizerischen Eidgenossenschaft — in einem von der Mehrheit der Kantone frei sanktionierten Bündnis stipuliert wurde². Der Ruf nach Reformen verhindert nicht die Verwerfung des «Einheitssystems», das «*den Ruin der Eidgenossenschaft herbeiführen und ihre Auflösung infolge eines Bürgerkriegs herbeiführen würde*».

Schliesslich stösst dieser Entwurf zu einem neuen Bundespakt auf tausend Hindernisse. Nachdem er in den Frühjahrssessionen der Tagsatzung

1833 noch durchgearbeitet wurde, scheiterte er angesichts der Anhäufung von Ablehnung und Widerständen.

Eine «deutsche Herrschaft»

Von Zeit zu Zeit nimmt die an der Deutschschweizer Vorherrschaft geübte Kritik bzw. der Hinweis auf die Gefahr einer solchen deutlichere Formen an. In den Diskussionen über die verfassunggebende Versammlung, die 1835 noch stattfinden, warnt die grossrätliche waadtländische Kommission, die über die Revision berät, vor der Gefahr einer «deutschen Herrschaft».

Politiker und Journalisten gehen auf die «Deutschen» los, die ihnen Angst machen. Im April 1840 kritisiert der durch bestimmte Ereignisse aufgebrachte liberale «*Nouvelliste vaudois*» in eindeutigen Formulierungen die deutschschweizerische Absicht, «*das deutsche über das französische Element in der Eidgenossenschaft herrschen zu lassen*»³.

Umgekehrt geben Deutschschweizer, insbesondere Berner, zu verstehen, dass das Gewicht der französischen Schweiz in den eidgenössischen Angelegenheiten übermässig gross sei. Artikel und Bemerkungen in der Tagsatzung oder hinter den Kulissen geben Verärgerungen und Verstimmungen über die Welschen Ausdruck, die ihren Sinn sowohl in den üblichen Vorurteilen als auch im Klima des Antagonismus zwischen konservativen einerseits, liberalen und radikalen Kantonen anderseits finden, für welche die Romands, vor allem jedoch die Waadtländer, verantwortlich gemacht werden. 1835 betonen Waadtländer Parlamentarier, die Gegner der Konstituante in den alemannischen Kantonen versuchten, «*über den welschen Einfluss Schrecken verbreiten*» zu wollen. So werden die Vorurteile gegen die Welschen von den Inner- und Ostschweizer Katholiken für politische und ideologische Zwecke genutzt.

Die Debatte über die Zentralisierung wurde nach Beendigung des Sonderbundskrieges erneut aufgenommen, als die Frage der neuen Verfassung wiederum aufs Tapet kam. Im Sinn der Bewahrung der kantonalen Autonomie und in der Sorge, dass die kleinen Kantone von den grossen beherrscht würden, teilt man der Eidgenossenschaft beschränkte Kompetenzen zu und schafft neben einer Volkskammer eine solche der Kantone. Teilweise unter dem Einfluss der Romands wird der Entwurf zu einer «*einen und unteilbaren Republik*», die von den meisten deutschschweizer Radikalen und auch vom Waadtländer Druey verteidigt wird, zugunsten eines Zweikammersystems verworfen. Im Genfer Parlament erklärt der Führer der Radikalen, James Fazy, einzig das Zweikammersystem nach amerikanischem Vorbild könne die Schweiz retten. In den Auseinander-

setzungen in der Presse wird oft die Notwendigkeit der Souveränität der Kantone hervorgehoben. Im August 1848 schliesst die massive Stimmenmehrheit zugunsten der neuen Verfassung in den Kantonen Genf, Neuenburg und Waadt nicht alle Vorbehalte und Besorgtheit aus. Gemäss dem «*Nouvelliste vaudois*» ist das Projekt «*ohne Begeisterung und ohne viel Liebe*» angenommen worden. «*So wie man von einer Vernunftfehe reden würde.*⁴» Die starke Stimmenenthaltung scheint auf einen gewissen Mangel an Interesse sowohl in der Waadt als auch im Kanton Genf hinzudeuten.

Zwiespalt der Freisinnigen

Nach der Schaffung des Bundesstaates im Jahre 1848 wächst die Beunruhigung in der französischen Schweiz. Vor der doppelten Gefahr einer Beeinträchtigung der Rolle der Kantone und einer Minorisierung der Welschen in Bern wird gewarnt. In gewissen Fällen überschneidet sich das Sprachenproblem mit jenem der Machtverhältnisse zwischen der Minderheit und der Mehrheit. Als das Projekt einer Eidgenössischen Universität in Zürich um 1850 wieder zur Diskussion stand, trennten ernsthafte Divergenzen gewisse Romands, sogar Radikale, von den Deutschschweizer Radikalen, insbesondere vom Zürcher Industriellen Escher.

Die Nationalratswahlen vom Oktober 1854 führen in den Kantonen Waadt, Genf und Neuenburg zu Aufruhr. Ein welscher Kreis wird gegründet, ein «*Lausanner Programm*» wird angenommen. Unter dem Föderalismus, der dazu die ideologische Grundlage bildet, entsteht daraus ein gewisses Anti-Deutschschweizertum. Unter der verabscheuten Zentralisierung zeichnet sich die Bedrohung der Germanisierung der französischen Schweiz ab. In Genf und Lausanne scheint die «*kantonalistische*» Empfindlichkeit — die infolge der latenten oder offener Ängste vor der deutschen Beherrschung von allen Parteien erweckt und aufrechterhalten wird — alle politischen Gruppierungen, ja alle Kreise zu erfassen. Sogar die gemässigten Radikalen zögern, sich mit der Sache Berns vorbehaltlos zu indentifizieren. Sie verurteilen zwar die Exzesse ihrer konservativen Gegner, plädieren jedoch trotzdem für mehr kantonale Autonomie und gegen die zentralistischen Versuchungen, denen gewisse deutschschweizerische Radikale nachgäben.

Die Kontroversen lebten ab 1860 wieder auf, als die Verfassungsrevisionen dem Volksentscheid unterbreitet wurden. 1866 werden — mit Ausnahme des Beschlusses über die Juden — die anderen acht Artikel abgelehnt. Die Romands bilden mit den Katholiken gegen die Zentralisten Front. Während der Deutschschweizer Zentralismus im Welschland Beun-

ruhigung auslöst, verursacht der anti-deutschschweizerisch gefärbte Föderalismus in der deutschen Schweiz Ärger. Der Bund zögert nicht, in den föderalistischen Reaktionen feindselige Kundgebungen zu erblicken. Die Reaktionen werden wechselseitig geschürt. Üble Stimmungsmache führte dazu, dass die ideologischen Auseinandersetzungen in «Rassenantagonismen» ausarteten.

Dauern die bitteren Beschuldigungen an? Studiert man die Presse, so scheinen sie dem Verlauf der Ereignisse gefolgt zu sein. Auf die manchmal heftigen, durch widerstreitende Sachinteressen ausgelösten Kontroversen, folgen auch unbeschwertere Diskussionen, nachdem die Entscheidungen gefallen waren.

Neue Befürchtungen

Die militärischen Erfolge der Preussen gegen Österreich im Jahr 1866 und das Echo, das diese in der Deutschschweiz — insbesondere in Militärkreisen — auslösen, wecken auf welscher Seite erneut Befürchtungen. Als Bundesrat Welti — vom preussischen Modell angetan — eine Reorganisation der Armee vornehmen und ad hoc zu einer entsprechenden Revision der Verfassungsartikel schreiten will, melden die Romands ihre Opposition an. Lehrer protestierten gegen die «Militäromanie» des Chefs des Militärdepartements. In der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, in der die Romands dem Projekt Welti gegenüber viele Vorbehalte anbringen, kommt es zu Spaltungen. Während die Debatten über die Armeereform auf die betroffenen Kreise beschränkt bleiben, erfassen jene, welche die Totalrevision der Verfassung 1872 auslöst, fast die ganze Nation. Seit Beginn der Kampagne finden zwischen Deutsch- und Welschschweizern oft gehässige Auseinandersetzungen statt. Der Unduldsamkeit gewisser Radikaler «outré Sarine» steht die Unversöhnlichkeit der welschen Föderalisten und der Katholisch-Konservativen gegenüber. Im Parlament werden zur Zeit der Auseinandersetzungen über die Vereinheitlichung des Rechts die Romands durch eine Grenze von den erzzentralistischen Deutschschweizern gespalten. Der Genfer Radikale James Fazy ist sich mit seinen Waadtländer Kollegen über die Verwerfung jeglichen gesamtschweizerischen Gesetzes einig. Die Presse ist oft polemisch. Keine welsche Zukunft in der — von manchen mit Bundesbürokratie bezeichneten — Bundesverwaltung. Einige Waadtländer Abgeordnete geben am Vorabend der Abstimmung eine deutschsprachige Zeitschrift, «*Die Eidgenossenschaft*», heraus, worin sie mit der Unterstützung des Bundesrates Dubs und entsprechender Deutschschweizer Kreise föderalistische Thesen vertreten. Die Spannung steigt. Alarmrufe werden laut. Im März äussert der

Fribourger «*Chroniqueur*» seine Beunruhigung über die Gefahr eines «Rassenkrieges», der nur den Deutschschweizern nütze⁵. Wenn die von den welschen Zeitungen veröffentlichten Artikel auch zweifellos in ihren Schilderungen der Spannungen übers Ziel hinausschiessen, so geben sie doch ein klares Bild von der Macht der Gegensätze.

Der Sieg des «Nein» bei der Volksbefragung vom 12. Mai 1872 verstärkt noch das «malaise». Die antirevisionistische Leidenschaft löst bei den Deutschschweizer Radikalen Verbitterung aus. Die von der Mässigung bis zur Gleichgültigkeit reichende Haltung der Minderheiten, welche vor dem 12. Mai noch überwog, wird abgelöst durch Bitterkeit und Ressentiments als Folge der Niederlage. Die Zeitungen kritisieren, ja verleumden die welsche Schweiz. Alle Sünden werden den Welschen angelastet. Einige gehen so weit, die Waadtländer zu beschuldigen, sie terrorisierten die auf ihrem Boden ansässigen Eidgenossen.

«Wir brauchen die Welschen»

Diese Ereignisse schrecken auf. Appelle zur Versöhnung sind zu hören. Vereinigungen bemühen sich um die Wiederherstellung des eidgenössischen Einvernehmens. «*Liebe Kollegen aus der deutschen Schweiz*», schreibt der Vorstand der welschen Lehrervereinigung im «*L'Educateur*», «*wenn es das Wohlergehen der Schweiz erfordert, müssen alle Vorurteile verschwinden; alle Gegensätze, welche mit einer momentanen Kälte den Ausdruck der Gefühle der Übereinstimmung verdeckt haben können, verschwinden vor der Perspektive weiterer und ruhigerer Horizonte.*»⁶

Angesichts der föderalistischen Reaktionen — besonders aus welschen und katholischen Kreisen — unterbreiten die stets um eine möglichst kurzfristige Revision der Bundesverfassung besorgten Revisionisten einen neuen, weniger zentralistischen Entwurf, um damit auch die welschen Stimmen zu gewinnen. «*Wir brauchen die Welschen.*» Die ganze revisionistische Presse greift diesen von den «*Basler Nachrichten*» schon am 14. Mai 1872 veröffentlichten Appell wieder auf. Der neue Text wird am 19. April 1874 in einer Volksabstimmung angenommen. Während die Waadtländer den Entwurf von 1872 massiv verworfen haben, nehmen sie die neue Fassung an. Genf und Neuenburg stimmen im gleichen Sinn. Einzig die katholischen Kantone verwerfen immer noch die revidierte Verfassung.

Die Widerstände gegen die Zentralisation sind das Resultat chronischer Angst vor der Mehrheitenbildung. Im Masse, in dem in Bern die Minderheit direkt mit der Mehrheit konfrontiert ist, ziehen es die Romands — zumindest bestimmte Romands — vor, den Kantonen Autonomie und Macht zu belassen. Zwischen 1875 und 1900 werden über zwanzig

Abstimmungsvorlagen über die Verstärkung der Bundeskompetenz und deren praktische Anwendung verworfen. 1875 und 1877: Nein zur Reglementierung der bürgerlichen Rechte; 1882 Nein zur obligatorischen Impfung; im gleichen Jahr Nein zu einem Bundessekretär im Unterrichtswesen; 1894 Nein zu einer Gesetzgebung über die Berufe; 1895 Nein zu einer totalen Zentralisierung der Armee; 1897 Nein zur Eidgenössischen Bank. Die Abstimmungen sind Ausdruck welscher Empfindlichkeit. Die föderalistischen Parolen lösen im Volk ein breites Echo aus. In allen Kreisen erhebt sich die Furcht vor der Zentralisation.

Nicht nur Bern als Bundesstadt ist betroffen, sondern jede Institution, jede Vereinigung, in denen sich Minderheiten und Mehrheiten direkt gegenüberstehen. Als 1869 die Glarner Handelskommission den Handelskommissionen und den «Börsenvorständen» der anderen Kantone die Schaffung eines Zentralorgans zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen vorschlägt, kommen — wie Bernhard Wehrli vermerkt — grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen welschen und deutschschweizer Kreisen zum Ausdruck⁷. Später nimmt der Genfer Handels- und Industrieverband schriftlich Stellung gegen die Schaffung eines ständigen Sekretariats, die von den Deutschschweizer Verbänden — mit Ausnahme des sich der Stimme enthaltenden Thurgau — unterstützt wird. Die Reaktionen der Minderheiten veranlassen die Delegiertenversammlung anlässlich der Statutenrevision von 1881, eine Verfügung vorzusehen, welche die Meinung der Minderheiten bei allen den Bundesbehörden unterbreiteten Vorschlägen berücksichtigt, womit die Befürchtungen beschwichtigt werden sollen, welche die Verstärkung der Zentralgewalt in gewissen Schichten, besonders in der welschen Schweiz, ausgelöst hat. 1882 wird unter den Städten Zürich, Bern und Genf Zürich zum Sitz des Schweizerischen Handels- und Industrieverbandes bestimmt.

Spaltung der Gewerkschaften

Auch im Rahmen der Gewerkschaften, in denen Deutschschweizer und Romands zusammenwirken, treten Schwierigkeiten auf. Die Rolle der Zentrale, deren «Alémanisation» sozusagen zum Regierungssystem gehört, wird Gegenstand eines Glaubensstreites. Angesichts der Vorherrschaft der Deutschschweizer reagieren die welschen Gewerkschaftsführer zuweilen mit Bitterkeit. Der Lausanner Aloys Fauquez, der seine Unzufriedenheit bis zum äussersten treibt, führt schliesslich die Spaltung herbei.

*«Wir wollen zwar zentralisiert, nicht aber majorisiert werden; man soll uns verbrüdern, nicht betrügen . . . Wir wünschen sehnlichst die Aufrechterhaltung der Einheit, die Verstärkung der Einheit aller Arbeitenden . . . Diese «Union» darf aber nicht zur «Absorption» werden.»*⁸ 1892 brechen die

Welschen mit dem Arbeiterbund und gründen die *Fédération ouvrière romande*. Im gleichen Jahr gründen Arbeiter die *Fédération romande des syndicats professionnels*. Die Arbeitswelt ist gespalten.

Trotz des Misserfolgs der welschen Autonomiebestrebungen gerät die Zentralisation zu Beginn dieses Jahrhunderts in der Auseinandersetzung unter gewissen Arbeitern und militanten Waadtländer Sozialisten erneut unter Beschuss. 1908 weist «*La Voix du Peuple*» erneut auf die Zentralisation hin, welche die «*Deutschschweizer Genossen erzwingen*»⁹. Reagiert die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die in der Westschweiz einen gewissen Erfolg zu verzeichnen hat, wie dies André Lasserre annimmt, auf das Misstrauen der Militanten gegenüber den Zentralen jenseits der Saane, «*von denen sie sich unverstanden, wenn nicht gar vergessen fühlen*»?¹⁰ Die Frage ist erlaubt.

Wenn sich auch die Konflikte im Laufe des 20. Jahrhunderts mildern, so machen sich Widerstände gegen die Zentralisation doch von Zeit zu Zeit bemerkbar. Während des Ersten Weltkrieges kritisieren Welsche heftig die unumschränkte Machtbefugnis des Bundesrates, im besonderen die Allmacht des Generals Wille. Man übt Kritik an Bundesrat und Generalstab und meint dabei oft die deutschschweizerische Vorherrschaft und den deutschen Einfluss. «*Genug der Vollmachten; sie hindern uns daran, Schweizer zu sein.*»¹¹ Die Worte des Obersten Feyler verweisen auf die Vertrauenskrise.

Noch vor dem Ende des Ersten Weltkriegs lebt die Debatte über die Zentralisation mit der sozialistischen Initiative zur direkten Bundessteuer wieder auf. Deren Verwerfung am 2. Juni 1918 verhindert das Aufflammen neuer Kontroversen im Parlament bei den Diskussionen um die ausserordentliche Bundeskriegssteuer nicht. Spannungen entstehen innerhalb der Radikalen Partei, wo zu Beginn des Jahres 1919 eine doppelte Spaltung zwischen der welschen und der radikalen Gruppe in den Kammern und zwischen den Parteien der Waadt, Neuenburgs und Genfs und der Schweizer Partei erfolgt. Die Fortführung der Kriegswirtschaft in Form eines zentralen Wirtschaftsdirigismus weckt bei vielen Welschen Verdacht und Empörung. Im Parlament bekämpft eine — vor allem welsche — Minderheit jegliche Verlängerung der Vollmachten.

In der Zwischenkriegszeit wird periodisch zu Wachsamkeit gegenüber dem zunehmenden, von Bern ausgehenden Interventionismus aufgerufen. Politiker und Intellektuelle bedauern den Übergriff der Eidgenossenschaft auf die Kantone — und der Mehrheit auf die Minderheit. Diese trifft auf Maurice de Rameru zu, dessen Essay *Entre la France et nous* die welsche Minderheit und die Gefahren behandelt, denen sie sich infolge eines «*zahlenmässig überlegenen ethnischen Elementes und einer minoritätenfremden Denkweise*» aussetze¹².

Widerstand von rechts

In der Politik löst die Auseinandersetzung Reaktionen aus, besonders auf der Rechten. Neben der liberalen Partei, deren Ablehnung jeglichen Zentralismus' gewissermassen mit der Ideologie des *laisser-faire*, *laisser-passer* verbunden ist, oder des «Parti progressiste national» in Neuenburg neigen entschieden föderalistische, aber auch reaktionäre Kreise dazu, den Widerstand gegen den Zentralstaat und die Verteidigung der kantonalen Souveränitäten zu übernehmen. In Genf wird der Föderalismus traditionalistischer Prägung durch den Cercle fédéraliste, in Neuenburg den Cercle nationaliste und besonders in der Waadt durch «Ordre et tradition» — bald überholt von der Ligue vaudoise — verkörpert. Entsprechen sie einer gewissen regionalen Mentalität? Die Antwort fällt nicht leicht. Das Echo, das ihre gelegentlichen Kampagnen gegen die Zentralisation auslösen, scheint — zumindest im Fall der Ligue vaudoise, deren Einfluss den engen Kreis ihrer Mitglieder überschreitet — eine gewisse Übereinstimmung mit den lokalen Empfindlichkeiten, besonders in der Waadt, anzuzeigen.

Die Radikalen bringen das föderalistische Prinzip oft kräftig zum Ausdruck. Bundesrat Pilez-Golaz prangert 1937 anlässlich des Waadtländer kantonalen Sängerfestes in Payerne den Etatismus an, den er mit Zentralisation gleichsetzt. *«In diesem Punkt sind wir Romands viel heftiger als unsere Miteidgenossen. Dies ist nur natürlich. Der Etatismus ist für uns immer nur gleichbedeutend mit Zentralisation, und jede Zentralisation richtet sich nolens volens gegen uns. Sie neigt dazu, uns auszuschalten oder uns zu absorbieren. Daher unser begründeter Widerstand, der sich übrigens auch darin auswirkt, dass er sich gegen die Unternehmungen derjenigen richtet, die unter dem Vorwand der gelenkten Wirtschaft politische Hintergedanken nähren»*¹³.» Das Echo auf die Ansprache von Pilez-Golaz weist auf eine Stimmung hin, die im Waadtland und in der weiteren Romandie herrscht. Der «*Courrier de Berne*», Organ der welschen Vereinigungen in Bern, veröffentlicht in einer seiner Ausgaben umfangreiche Auszüge dieser Rede¹⁴.

Die Zentralisierung ist die Gefahr, sogar die Verwirklichung des Missbrauchs. Neigen die Deutschschweizer nicht dazu, ihre Mehrheitsposition zu ihrem Vorteil auszunutzen? Die Romands äussern sich immer wieder kritisch über die Einhaltung des Gleichgewichts in der Eidgenossenschaft. Einige gehen so weit, die Schwäche der Welschen in ihren Beziehungen zu den Deutschschweizern zu beklagen. Aber wie kann man den dominierenden Einfluss der deutschsprachigen Miteidgenossen eindämmen? Die Antwort liegt *en bloc* im Föderalismus.

Kleine Zwischenfälle nähren den Verdacht. Einmal sind es vom Bund in Auftrag gegebene Arbeiten, welches die Mehrheit begünstigen, ein anderes Mal ist es eine Ausstellung, in der die Romands ungenügend vertreten sind.

So veranstalten 1936 die «Berner Miteidgenossen» eine zweiwöchige Kunstausstellung, an der nur wenige Romands beteiligt sind. «*Le Journal de Genève*» und «*Le Courrier de Berne*» kritisieren diese Veranstaltung aufs heftigste. Sie ist der Beweis dafür, dass die Welschen an oberster Stelle und von den lieben Miteidgenossen als «arme Verwandte» behandelt werden. Diese Proteste dienen gewissermassen dazu, das Problem offenzulegen. Das latente und im vorliegenden Fall offenkundige Gefühl der Westschweizer, von der Eidgenossenschaft ausgestossen zu sein, wird durch die Berner Ungeschicklichkeit bestätigt.

Im Zweiten Weltkrieg – Einigkeit

Während des Zweiten Weltkriegs bleiben die Reaktionen auf Bern — trotz der vollen Machtbefugnis, die das Parlament den Zentralbehörden erteilt hat — diskret und begrenzt. Keine Kritiken am Bundesrat oder am obersten Chef der Armee. Das hat seine Gründe! Die Ernennung Guisans zum General hat mögliche welsche Empfindlichkeiten beschwichtigt. Nur wenige Stimmen beanstanden den durch die Ereignisse überstürzt eingeschlagenen Weg in Richtung auf Zentralsisierung. Die Wochenzeitung «*Curieux*» nimmt im August 1942 kein Blatt vor den Mund: «*Unsere deutschsprachigen Miteidgenossen tragen zum grossen Teil die Verantwortung für die bei uns entstandene Zentralsisierung und Bürokratie.*¹⁵» Es folgt die Andeutung, dass vor allem die Deutschschweizer von der Situation profitieren.

Marcel Régamey, der Vordenker der Ligue vaudoise, stellt zuerst einmal fest, dass die Föderalisten in einen Zustand der Somnolenz versunken sind; dann macht er der Zentralisation den Prozess. Im September 1942 beanstandet er die Fortschritte, welche die Bundesämter machen «*im Werk der Unterjochung, das sie geduldig aufbauen, um die Reste von Freiheit zu beseitigen, die in der Schweiz übrigbleiben*». Nebenbei schiesst er einige Pfeile auf die «Deutschschweizer Bürgerlichen» ab, die der von den Sozialisten angeführten kollektivistischen Offensive «*keinen bemerkenswerten Widerstand entgegensetzen*»¹⁶. Im nächsten Monat ist Alphonse Morel an der Reihe, ein anderer Animator der «*Nation*», der gegen Bern plädiert. Der Titel des Artikels gibt den Ton an: «*Das Waadtland wird zur Deutschschweizer Kolonie*»¹⁷. Der Verfasser wirft der Zentralbehörde vor, sie benütze Kriegsmassnahmen dazu, die Beschlagnahme des Waadtlandes durch die Miteidgenossen zu beschleunigen. Aber haben Régamey und Morel überhaupt Zuhörer und Anhänger? Die Seltenheit der Auseinandersetzungen scheint jedenfalls die Macht des nationalen Konsenses über die Gemüter zu bestätigen. Das von der «*Gazette de Lausanne*» 1942

erwähnte «*malaise indéfini*» betrifft — zumindest im vorliegenden Wortlaut — in keiner Weise die Beziehungen zwischen den Kantonen und der Eidgenossenschaft und zusätzlich zwischen den Welsch- und den Deutschschweizern.

Das Thema bleibt aktuell

Nach Kriegsende brechen jedoch die Proteste gegenüber der unbeschränkten Machtübertragung wieder auf. Mit doppelter Mehrheit durch Volk und Stände wird 1949 eine Initiative über die Rückkehr zur direkten Demokratie, die vier Jahre früher von der Ligue vaudoise zum Zwecke der Beendigung der Ausnahmegesetzgebung lanciert worden war, angenommen. Die politische Auseinandersetzung um dieses Ereignis herum bleibt zwar unbeschwert, deckt jedoch einige Dissonanzen zwischen Föderalisten und Zentralisten, zwischen Welsch- und Deutschschweiz auf. Der Journalist Pierre Béguin sieht in der Initiative zwar ein welsches Unternehmen, doch erweckt und erneuert sie alte Kontroversen, welche die Ereignisse kaum zu korrigieren vermögen. In der Westschweiz findet die gegen Bern gerichtete Rhetorik wieder ihre gewohnten Akzente, desgleichen die zentralistische Rhetorik in der Deutschschweiz.

Seit 1950 blieb das Thema Zentralisierung aktuell. Die Auseinandersetzung um Föderalismus geht weiter. Regelmässig werden dem Thema «Gleichgewicht zwischen Bund und Kantonen» Artikel, Gespräche am Runden Tisch, Radiosendungen, parlamentarische Interventionen und Kolloquien gewidmet. Von September 1972 bis März 1973 finden sogar unter dem Patronat der Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit «Föderalismus-Hearings» statt, in denen die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ausführlich untersucht wird. Der frühere Regierungs- und Ständerat Louis Guisan erklärt laut und vernehmlich, dass «*die Romands die Deutschschweizer, wenn sie ihrer Minderheitenposition nicht Rechnung tragen, in eine unbequeme Lage bringen müssen*»¹⁸.

Die von der Bundesstadt getroffenen oder unterlassenen Massnahmen nähren gelegentlich auf der welschen Seite Verdacht und Bitterkeit. Wenn es um Bundessubventionen geht, arten die Einflussnahmen oft in Machtkämpfe aus. Ablehnung, Widerstände, Fristverlängerungen durch die Bundesbehörden im Falle des Grossen Sankt Bernhard, des Flugplatzes Cointrin und der Simplonlinie bleiben in schlechter Erinnerung.

Haftet der Frage der Zentralisierung immer noch die gleiche Schärfe an? Aus der Mässigung der Gefühle und Haltungen — auch wenn diese keineswegs verlässlich ist — könnte man schliessen, dass eine gewisse Entdramatisierung stattgefunden hat. Die Zentralisierung mobilisiert schon

lange keine Ressentiments mehr, löst auch keine scharfen Polemiken aus. Neue Strömungen und Moden, wie «*Weniger Staat*» und «*small is beautiful*» kommen den kantonalen Anliegen zum Teil entgegen.

Dennoch ist die Zentralisierung nicht in Vergessenheit geraten. Indem sie das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit verdeckt, reizt sie latent vorhandene Empfindlichkeiten. Bestimmt liegt es bei den einen und den andern, für die Wahrung gut verstandener Interessen aller Eidgenossen — einschliesslich jener der «brüderlichen Minderheiten» — besorgt zu sein.

¹ Georges-André Chevallaz, *La Suisse est-elle gouvernable? Entretiens écrits avec Pierre du Bois*, Lausanne 1984, S. 82. —

² Les membres de la Société patriotique genevoise à leurs concitoyens, Genève 1833, S. 11. — ³ Nouvelliste vaudois, 17 avril 1840. — ⁴ Nouvelliste vaudois, 5 septembre 1848. — ⁵ Le Chroniqueur, 26 mars 1872.

— ⁶ L'Éducateur. Revue pédagogique, 1^{er} juillet 1872. — ⁷ Bernhard Wehrli, *Le Vorort: mythe ou réalité. Histoire de l'Union suisse du commerce et de l'industrie, 1870—1970*, Neuchâtel 1972, S. 28. —

⁸ Grutli, 28 août 1892. Siehe André Lasserre, «Ouvriers indigènes et ouvriers étrangers dans le canton de Vaud au début du XX^e siècle», *Revue européenne des sciences sociales*, n° 22—23, 1970, S. 100. —

⁹ Voix du Peuple, 18 janvier 1908. — ¹⁰ André Lasserre, op. cit., S. 104. — ¹¹ Colonel F. Feyler, *La crise politique suisse pendant la guerre*, Lausanne 1916, S. 57. — ¹² Maurice de Rameru, *Entre la France et nous. Essai sur la minorité romande en Suisse*, Paris 1928, S. 337. — ¹³ La Revue, 10 mai 1937. — ¹⁴ Courrier de Berne, 13 mai 1937. — ¹⁵ Curieux, 13 août 1942. — ¹⁶ Marcel Régamey, «De mal en pis», *La Nation*, septembre 1942. — ¹⁷ Alphonse Morel, «Le Pays de Vaud devient une colonie alémanique», *La Nation*, octobre 1942. — ¹⁸ Föderalismus-Hearings. Le fédéralisme réexaminé, Zurich 1973, vol. 3, S. 1070.

«Zwischen der kantonalen und der nationalen Identität ist eine ‹welsche Nationalität› im Entstehen begriffen. Natürlich bestehen nach wie vor grosse Unterschiede zwischen Genf und Lausanne, zwischen dem Wallis und Neuenburg, aber es sind gewisse Prämissen vorhanden, welche auf die Bildung einer Romandie-Identität hindeuten.»

(Claude Torracinta, «Die Orientierung der Romandie nach zwei Seiten», in: Jürg Altwegg / Aurel Schmidt: «Perspektive Schweiz, Gespräche mit Zeitgenossen», Verlag Benziger, Zürich 1986.)